



Verband alleinerziehender Mütter und Väter

Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

An die Vorsitzende des Sozialausschusses
Katja Rathje-Hoffmann

Kiellinie 275
24106 Kiel
Telefon: (0431) 5579150

E-Mail info@vamv-sh.de
Internet: www.vamv-sh.de



Bankverbindung:
Förde Sparkasse
IBAN: DE78 2105 0170 1003 0879 78
BIC: NOLADE21KIE

Spenden an den VAMV SH
sind steuerlich absetzbar.

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1722

Kiel, 30.06.2023

Schriftliche Stellungnahme des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Schleswig-Holstein e.V. zu den Anträgen

Kinderarmut beenden – gesellschaftliche und soziale Teilhabe von Kindern und jungen
Menschen gewährleisten
Antrag der Fraktionen von SSW und SPD
Drucksache 20/781(neu)

Kinderarmut wirksam bekämpfen
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 20/875

1. Ausgangslage

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Schleswig-Holstein e.V. (VAMV) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der VAMV teilt die Einschätzung beider Anträge, dass Armut von Kindern in unserer Gesellschaft nicht hingenommen werden kann, denn sie mindert die Entwicklungs- und Lebenschancen der jungen Generation. In Schleswig-Holstein leben rund 88.000 Einelternfamilien, das sind 23% aller Familien (vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein Mikrozensus 2019: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/arbeit_und_soziales/MIKRO_j_S/Mikro_j19_SH.pdf). Kinder von Alleinerziehenden haben mit 43% das höchste Risiko in Armut zu leben (vgl. Bundeszentrale für politische Aufklärung 2020: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61785/ausgewahlte-armutsgefaehrungsquoten/>).



Fast jedes zweite Kind (49%) aus einem alleinerziehenden Haushalt ist von Armut bedroht (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2021: Allein- oder getrennterziehen – Lebenssituation, Übergänge und Herausforderungen. Monitor Familienforschung. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik. Ausgabe 43, S. 46 f.). Mit Blick auf den Einkommensverlauf über fünf aufeinander folgende Jahre erleben 62% der Kinder aus Einelternfamilien und 12% der Kinder aus Paarfamilien dauerhafte oder wiederkehrende Armutsrisikolagen (ebd.).

Obwohl viele Alleinerziehende einer Erwerbstätigkeit nachgehen, reicht der Arbeitslohn häufig nicht, um das Existenzminimum für sich und ihre Kinder zu sichern. Alleinerziehende sind überwiegend Mütter und von deren existierenden Benachteiligungen am Arbeitsmarkt besonders stark betroffen. Frauen erhalten pro Arbeitsstunde im Schnitt immer noch circa ein Fünftel weniger Lohn als Männer. Alleinerziehende arbeiten mit 46% deutlich häufiger in Vollzeit als Mütter in Paarfamilien mit 29% (vgl. Lenze 2021: Alleinerziehende weiter unter Druck – Bedarfe, rechtliche Regelungen und Reformansätze, Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, S. 26). Viele Alleinerziehende, die in Teilzeit beschäftigt sind, würden ihre Arbeitszeit gerne ausweiten, der Arbeitsmarkt bietet dies aber nicht an.

Hatte ein Paar sich gemeinsam dafür entschieden, dass die Mutter zugunsten ihrer Kinder ihre Arbeitszeit reduziert, wirkt sich dies auch nach der Trennung aus. Die im Lebensverlauf entstandenen familienbedingten Nachteile am Arbeitsmarkt, zeigen sich z.B. wenn Mütter nach einer Trennung gegen ihren Willen in der Teilzeitfalle feststecken. Unter allen Haushaltsformen weisen alleinerziehende Familien das höchste Risiko auf, ihr Arbeitseinkommen aufstocken zu müssen. Mehr als jede*r sechste erwerbstätige Alleinerziehende bezieht zusätzlich SGB II – Leistungen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2021: Pressemitteilung Trotz Arbeit auf Sozialleistungen angewiesen: Alleinerziehende haben das höchste Risiko).

Aufgrund dieser wirtschaftlichen Faktoren macht Armut alleinerziehenden Müttern und Vätern häufig Angst. Sie sind von den Folgen der aktuellen Inflation stärker betroffen und haben oft keine finanziellen Puffer für Ungeplantes. In einem reichen Land wie Deutschland sollte kein Kind in einer Atmosphäre von wirtschaftlicher Angst aufwachsen müssen. Um die Kinder von Alleinerziehenden zu unterstützen, braucht es also einen umfassenden Ansatz, der von vornherein Armut in Einelternfamilien verhindert.

2. Vergleich der Anträge

	SSW und SPD	CDU und Bündnis 90/Die Grünen	VAMV SH e.V.
1) Kindergrund- sicherung	zeitnah einführen	Bündelung von Leistungen „beispielsweise durch eine Kindergrund-sicherung“	zeitnah einführen ohne bürokratischen Aufwand leicht zugänglich



2) BAföG	Einstieg in elternunabhängige Förderung	Studienstarthilfe SH Anhebung des Maximalalters prüfen Einführung eines elternunabhängigeren BAFöGs	elternunabhängiges BAFöGs einführen Verhältnis zu BAB und SGB II einfacher und transparenter Teilzeitausbildung ohne Finanzierungslücken ermöglichen
3) Betreuungsangebote	Inhaltliche Weiterentwicklung kostenfrei für alle	8-Punkte Programm Fachkräftemangel aufheben	Flexibel auch in Randzeiten und am Wochenende Kostenfrei
4) Gesellschaftliche Teilhabe	Kostenfreier Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Freizeit	Die Teilhabe für Kinder und Jugendlichen soll vereinfacht werden	Kostenfreier Zugang kostenfreie Lernmaterialien <i>Kurzfristig: Landesweites Einelterneintrittsticket für alle kulturellen Einrichtungen</i>
5) Kinder- und Jugendarbeit	Präventionsangebote verbessern finanzielle Unterstützung der Träger verbessern		Langfristige und gute finanzielle Unterstützung für Familienverbände und Beratungsstellen
6) Präventionsketten	Weiterentwickeln Konferenz etablieren		Übergänge besser begleiten Kooperieren
7) Ehegattensplitting	Reformieren zu einem Familiensplitting		Individualbesteuerung anstatt Ehegattensplitting
8) Jugendferienwerksrichtlinie	Beibehalten, stärker bewerben	Vereinfachung dadurch stärkere Inanspruchnahme	vereinfachen
9) Gezielte Unterstützung von Einelternfamilien			Bezahlbarer Wohnraum, flexible Arbeitszeitmodelle Entgeltgerechtigkeit Umgangsmehrbedarf im SGB II einführen Individuelle Umgangsmodelle fördern Gemeinsame elterliche Verantwortung nach Trennung stärken



			Faire Unterhaltsregelungen
Summe	8	5	9

3. Fazit

Es ist ein umfassender Politikansatz notwendig, um von vornherein das Armutsrisiko von Kindern Alleinerziehender zu senken. Alleinerziehen bedeutet, die Hauptverantwortung für ein oder mehrere Kinder im Haushalt zu tragen. Das umfasst sowohl die Verantwortung für die unbezahlte Fürsorgearbeit im Alltag als auch häufig die alleinige Verantwortung für die finanzielle Absicherung der Familie. Um das zu meistern, brauchen sie unterstützende gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Alleinerziehende wollen eine Arbeit, von der sie leben können, eine gute Kinderbetreuung, die zu ihren Arbeitszeiten passt bzw. Arbeitszeiten, die zur vorhandenen Kinderbetreuung passen, eine bezahlbare Wohnung, ein Steuersystem, das sie nicht benachteiligt und familienpolitische Leistungen, bei denen sie nicht länger durchs Raster fallen.

Insgesamt ist in der Lebensverlaufperspektive ein roter Faden hin zu einer eigenständigen Existenzsicherung Erwachsener mit Fürsorgeaufgaben notwendig, um das hohe Armutsrisiko von Kindern Alleinerziehender zu senken. Mit der handlungsleitenden Zielsetzung Familien zu stärken und Kinder durch eine Kindergrundsicherung aus der Armut zu holen muss es gelingen, auch sozio-ökonomische Teilhabe mit Anschluss an eine Mehrheitsgesellschaft zu ermöglichen.

Ein bloßes Festhalten am sächlichen Existenzminimum als Maßstab, wäre hingegen mit dem Festschreiben eines Lebens an der Armutsgrenze gleichbedeutend. Das vollständige Anrechnen des Kindergeldes auf den Unterhaltsvorschuss darf nicht auf die Kindergrundsicherung übertragen werden, wenn Kinderarmut bekämpft werden soll. Politik für Alleinerziehende ist Querschnittspolitik: Insbesondere eine tatsächlich bedarfsdeckende Kinderbetreuung – die auch Randzeiten und Wochenenden abdeckt – ist für Alleinerziehende existentiell. Auf der anderen Seite braucht es ein Wahlrecht für Arbeitnehmer*innen hinsichtlich der Lage der Arbeitszeit und des Arbeitsortes.

Fehlanreize, die einer eigenständigen Existenzsicherung entgegenstehen und nach einer Trennung das hohe Armutsrisiko Alleinerziehender begünstigen, sollen abgebaut werden. Hier ist insbesondere die Kombination von Ehegattensplitting, Minijobs und beitragsfreier Mitversicherung zu nennen.

Um den Gender Pay Gap zu schließen, fordert der VAMV effektive Maßnahmen für Entgeltgerechtigkeit, gleiche Aufstiegschancen für beide Geschlechter und eine Aufwertung frauentypischer Berufe hin zu einem gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.



Viele Mütter stecken nach einer Trennung gegen ihren Willen in einer „Teilzeitfalle“ fest. Der VAMV fordert eine Brückenteilzeit für alle Arbeitnehmer*innen, also das Recht, vorübergehend die eigene Arbeitszeit einzuschränken und anschließend flexibel bis zum ursprünglichen Arbeitsumfang zurückzukehren.

Nur wenn alleinerziehende Mütter und Väter in angemessener wirtschaftlicher Sicherheit leben, können sie diese Sicherheit auch ihren Kindern mitgeben auf ihrem Weg hin zu selbstbewussten und mündigen Mitgliedern unserer Gesellschaft.